

Parlamentarier diskutierten aktuelle Entwicklungen in der WTO

Mehr als 300 Abgeordnete aus 80 Parlamenten trafen in Brüssel vom 24. bis 26. November 2004 bei der jährlichen Parlamentarierkonferenz zur WTO zusammen, die gemeinsam vom Europäischen Parlament und der Interparlamentarischen Union organisiert wurde. Der Deutsche Bundestag war mit einer von Abg. Erich G. Fritz (CDU/CSU) geleiteten Delegation vertreten, der die Abg. Klaus-Werner Jonas (SPD), Michael Hustedt (Bündnis 90/Die Grünen) und Dr. Rainer Stinner (FDP) angehörten. Am Schluss der Sitzung wurde eine Erklärung angenommen, in der die Regierungen und Parlamente aufgefordert werden, in einen regelmäßigen Dialog zu treten, so dass eine effektive parlamentarische Kontrolle über die internationalen Verhandlungen möglich ist.

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Josep Borrell, erinnerte die Teilnehmer bei der Eröffnungssitzung daran, dass das Europäische Parlament eine der treibenden Kräfte für die Entwicklung der parlamentarischen Dimension der WTO gewesen sei. Die Parlamente und Parlamentarier könnten als „Brücke zwischen dem Volk, das auf der Straße protestiert und den Verhandlern hinter verschlossenen Türen“ fungieren.

Die Abgeordneten diskutierten über Schlüsselfragen der derzeitigen WTO-Verhandlungen, insbesondere Agrarwirtschaft und Handel mit Dienstleistungen aus der Entwicklungsperspektive. Der Bereich der Agrarwirtschaft wurde übereinstimmend als Priorität in der Diskussion angesehen, da sie für viele Entwicklungsländer die Grundlage ihrer Wirtschaft und einzige Exportmöglichkeit bietet. Vertreter der Entwicklungsländer bezeichneten es dabei als schwierig, den Maßstäben der Industrieländer im Hinblick auf Ernährungssicherheit und Umweltschutzstandards zu genügen und trotzdem kostengünstig zu produzieren. Von zahlreichen Rednern wurde die politische Dimension des Handels betont. Die Diskussion machte die unterschiedlich gelagerten Interessen der Entwicklungsländer, die primär an einer Öffnung der Dienstleistungsmärkte der Industriestaaten interessiert sind, und der Industriestaaten – die vor allen Dingen eine Öffnung der Märkte der Entwicklungsländer für den Export ihrer Industriegüter erreichen möchten – deutlich. In der verabschiedeten Erklärung begrüßten die Parlamentarier die Juli- Entscheidung des WTO-Rates und riefen alle WTO-Mitglieder zur Fortsetzung ihrer Arbeit in den drei wesentlichen Bereichen der Verhandlungen auf, nämlich Abschaffung aller Formen von Exportsubventionen; substantielle Reduktion von handelsverzerrenden Stützungsmaßnahmen und Zugang zu den Märkten der

Industrieländer. Der Perspektive der Entwicklungsländer wurde in den Schlusserklärungen besonders Rechnung getragen. Die Erklärung unterstreicht auch den wichtigen Beitrag der Parlamente zum WTO-Prozess und fordert die Regierungen auf, Mitglieder ihrer Parlamente in ihre offizielle Delegation zur 6. WTO-Konferenz in Hongkong, die vom 13. bis 18. Dezember 2005 stattfinden wird, aufzunehmen. Auch am Rande dieser Sitzung wird eine WTO-Parlamentarierkonferenz stattfinden.